

46,8 Millionen wählen ein lebenswertes Deutschland – du auch?



Gründe für Menschen in Deutschland, nicht wählen zu gehen, sind vielseitig, doch oft haltlos. Daher ist es wichtiger denn je, hier einmal gründlich aufzuräumen.

Sie sind allseits bekannt und die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich in deinem Bekanntheitskreis bewegen ist recht hoch. 2021 gab es in Deutschland bereits 14,4 Millionen von ihnen und wenn sich nicht bald etwas ändert, werden es mehr und mehr. Wer sie sind? Nichtwähler:innen aus den unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten. Ihre Beweggründe sind vielseitig, doch oftmals auf falschen Annahmen begründet. Wir wollen diese Annah-

men, welche als Fesseln demokratischer Handlungsfähigkeit fungieren, versuchen aufzulösen.

Argumente ohne Fundament

Sieht man sich die Wahlbeteiligung der letzten Bundestagswahl an, so ist die Anzahl der Nichtwähler:innen erschreckend. Zum Vergleich: In der letzten Wahlperiode ließ fast ein Viertel der Wahlberechtigten den Wahlsonntag ausfallen und verschwendete somit seine Stimme. Das

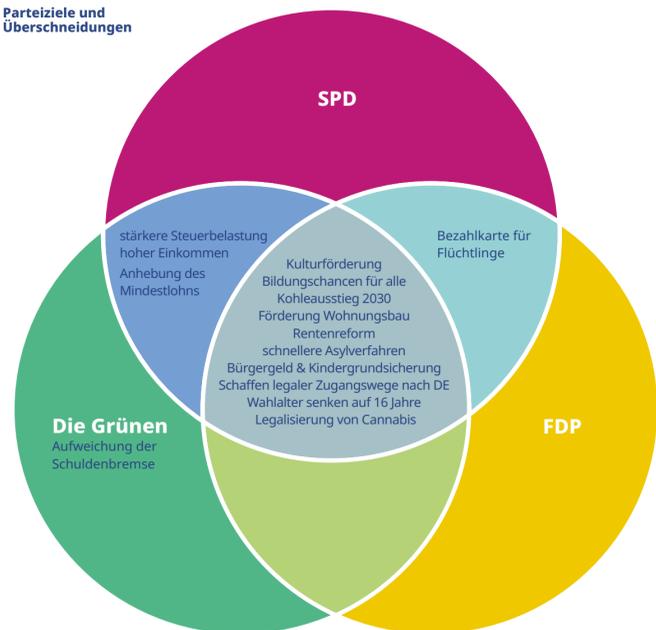
entspricht der Menge an Menschen, die in Schleswig Holstein, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, und Berlin leben. Fünf ganze Bundesländer. Die Anlässe zum Nicht-Wählen sind divers und fragt man die Betroffenen nach ihren Beweggründen, so schwingt stets ein grundlegender Unmut mit, der die Entscheidung zum aktiven Nicht-Wählen nochmals bekräftigt. Argumente wie „Die Parteien ziehen doch eh nicht an einem Strang“, „Die Koalition setzt ihre Versprechen doch sowieso nicht um“, oder „Die Parteien vertreten ja eh nur die Wünsche der Reichen“ sind Antworten, die nahezu in allen Interviews mit Nichtwähler:innen vorkommen und dabei lediglich auf Unwissen und Ignoranz basieren.

Betrachtet man aber einmal die Fakten, so wird rasch deutlich, dass die aktuell regierende Koalition weitaus mehr leistet, als man denkt und die, die der Meinung sind, dass sie von der Regierung ausgeschlossen werden sind meist diejenigen, die sich selbst ins Aus befördern. Von daher sei auch du ein Teil der Wählerschaft und verleihe deiner Stimme durch dieses neue Wissen eine fundierte Meinung.

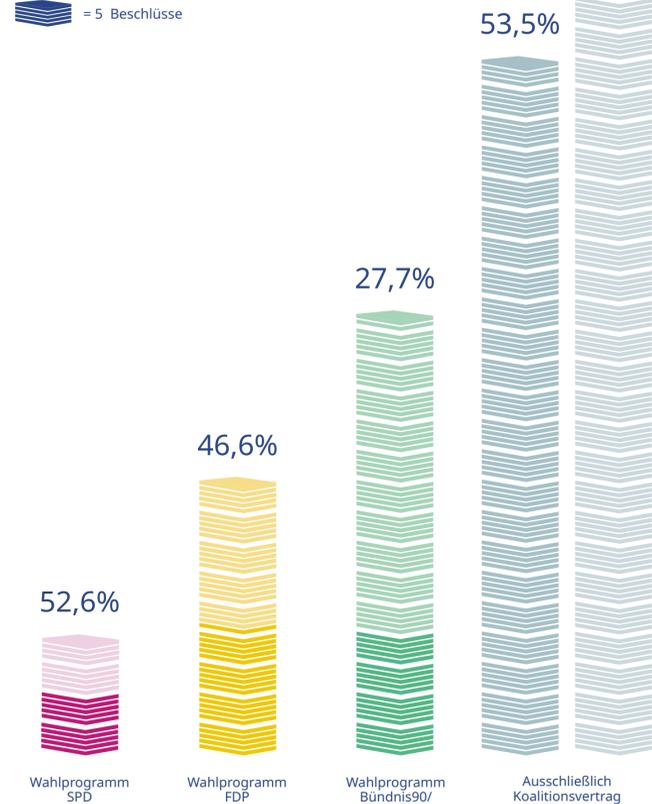
Viel Lärm ... um nichts? – Die Koalition besteht auch nur aus Menschen

Die Ampelregierung wird von vielen Bürger:innen als eine zerstrittene Einheit wahrgenommen, die ewig diskutiert und doch nichts zu Stande bringt. Aber ist es wirklich so?

Parteiziele und Überschneidungen



Umgesetzte Wahlversprechen nach Ursprung - Halbzeit Legislaturperiode 2021



Zankhähne, Kindergartenkinder, die Gegeneinander-Koalition. Wenn man von der aktuellen Regierung liest, sind dies meist schlechte Nachrichten voller Zwiespalt und Streitereien, worüber immer mehr Bürger:innen in Deutschland nur den Kopf schütteln können. Dass die Ampel aber gemeinsame Ziele verfolgt und bereits bei vielen Beschlüssen an einem Strang gezogen hat, fällt inzwischen kaum noch jemandem auf. Leider.

Die Opposition hat auch ein Wörtchen mitzureden

Es stimmt ja. Bei so viel Lärm um die Ampel-Koalition, wie man ihn in den Medien mitbekommt, ist es nicht zu leugnen, dass unsere aktuelle Re-

gierung ihre gewissen Differenzen hat. Doch wenn man mal genauer hinsieht erkennt man, dass sie trotz der ganzen Streitigkeiten gemeinsame Ziele anstreben und bereits einige Ergebnisse erzielen konnte. Was allerdings kaum jemand beachtet ist, dass im Falle unserer Gesetzgebung nicht nur drei dazugehören, sondern auch teilweise die Opposition mit am Strang ziehen muss. Allerdings, dass diese gelegentlich gegensteuert, bekommt kaum noch einer mit, denn zu brisant sind die Kleinkriege der Ampel selbst. Oder wusstest du, dass beispielsweise die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre nicht an Rot-Gelb-Grün, sondern an CDU/CSU und AFD scheiterte?

Ein Blick auf die Halbzeit

Aber wir wollen ja nicht nur das Negative beleuchten sondern explizit den Skeptikern gegenüber unserer Regierung vor Augen führen, dass unsere aktuelle Koalition bereits zur Halbzeit ihrer Legislaturperiode einiges geleistet hat. Die Halbzeitbilanz von 2023 zeigt uns, dass von allen 453 Wahlversprechen, die zu Regierungsbeginn entstanden sind, bereits 147 teilweise oder gar vollständig umgesetzt wurden und mit 117 der übrigen Versprechen in der Umsetzung begonnen wurde. Somit bleiben für die restlichen zwei Jahre der Legislaturperiode nur noch 35% der zu Anfang vereinbarten Vorhaben, die in ihrer Umsetzung begonnen werden müssen, damit alle der 453 Regie-

rungsversprechen zumindest einmal in Betracht gezogen wurden. Du denkst dir jetzt vielleicht, dass es wenig erscheint, sich in zwei Jahren um 65% aller Wahlversprechen zu kümmern und davon auch nur 31% vollständig zu erfüllen, aber weißt du denn, wie vielen Prozessen und Entscheidungen es bedarf, bis einmal ein einziges Versprechen umgesetzt werden kann? Falls nicht, dann bringen die folgenden Artikel Licht ins Dunkle.

Ein Blick in die Blackbox – Was passiert mit unseren Wünschen?

Dabei mitbestimmen, welche Gesetze und Beschlüsse unser tägliches Leben formen sollen, müsste Anlass genug sein, um wählen zu gehen. Allerdings verstehen die Wenigsten von uns die Prozesse, die zwischen der Stimmabgabe und dem Beschluss stehen.

Viele Wahlversprechen. Die Regierung ist dafür. Die Regierung ist dagegen. Stempel drauf und fertig? Für einige Bürger:innen Deutschlands ist es ein Mysterium, was im Bundestag so vor sich geht und wer schlussendlich für was die Verantwortung trägt. Daher bildet sich in der Allgemeinheit oftmals die Erwartungshaltung, dass unsere Regierung eine Art Serviceleistung darstellt, bei welcher wir unsere Wünsche abgeben und am Besten 10 Minuten später die Umsetzung in Händen halten. Aber wie du dir sicher denken kannst ist dem bei weitem nicht so.

Ein langer Weg mit vielen Meinungen

Natürlich basieren unsere Erwartungen an die Regierung auf den Wahlversprechen, mit denen sie während des Wahlkampfes um sich geworfen hat. Ein bisschen Blau vom Himmel, die Sterne noch dazu und oben drauf Schlagsahne mit der Kirsche als Krönung. Doch in einer Demokratie hat jede Meinung ein Recht darauf, gehört zu werden, weshalb der Bevölkerung bewusst sein sollte, dass die Koalition nochmals ihre eigenen Versprechen bildet und diese somit nicht mehr zu

hundert Prozent dem entsprechen, wofür wir bei der Wahl gestimmt haben. Und da zu einer Demokratie nunmal mehrere Beteiligte gehören ist es nur logisch, dass auf die Wahlversprechen und Vorhaben erstmal ellenlange, bürokratische Prozesse folgen, in welchen demokratisch von verschiedenen Instanzen über die Umsetzung der Versprechen entschieden werden muss. Aber leider ist dieses enorme Ausmaß kaum jemandem bewusst.

Akte X der Gesetzgebung

Für unser ein ist die Gesetzgebung eine Art Black-Box. Eine blinder Fleck, worunter sich viele so gut wie nichts vorstellen können und somit nur auf ihr eigenes Empfinden hören. Das äußert sich durch lautstarken Unmut, sollte der Umsetzungsprozess zu viel Zeit in Anspruch nehmen, wobei dieser Vorgang übrigens bis zu 24 Wochen dauern könnte, wenn alle Fristen der Beschlussbildung verlängert werden müssten. Wenn du aber ernsthaft daran interessiert bist, zu wissen und zu verstehen, was sich hinter dem Unbekannten verbirgt, dann wage den Schritt und geh auf der nächsten Doppelseite das Abenteuer der Beschlussbildung ein.

740 Millionen

DIN-A-4 Papiere verbraucht die Bundesregierung 2022

13 Millionen

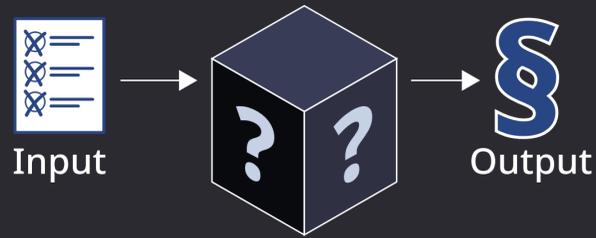
DIN-A-3 Papiere verbraucht die Bundesregierung 2022

24

Wochen braucht ein Gesetz durchschnittlich vom Vorschlag bis zu dessen Veröffentlichung

~1000

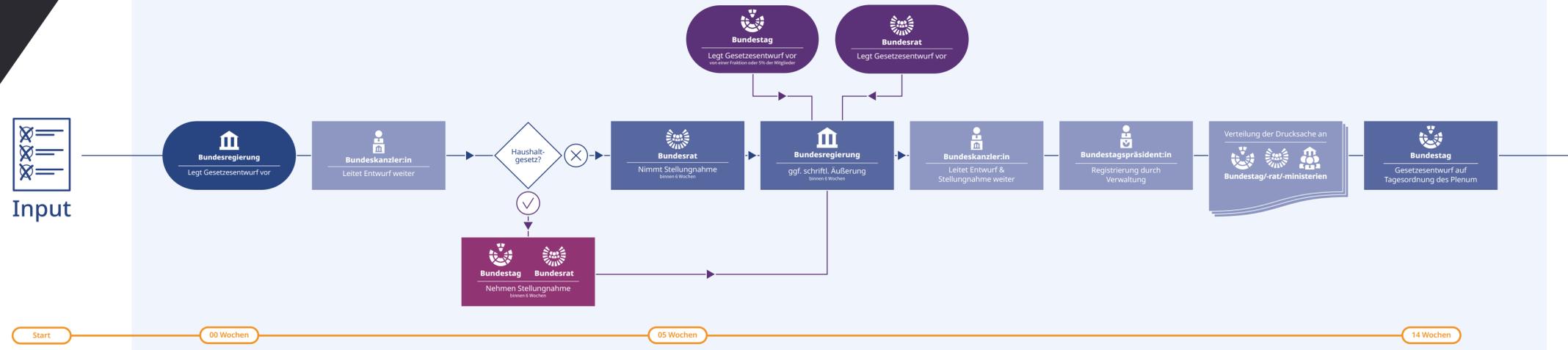
Regierungspersonen arbeiten bis zur Veröffentlichung an einem Gesetzesentwurf



Start — 24 Wochen — Ende



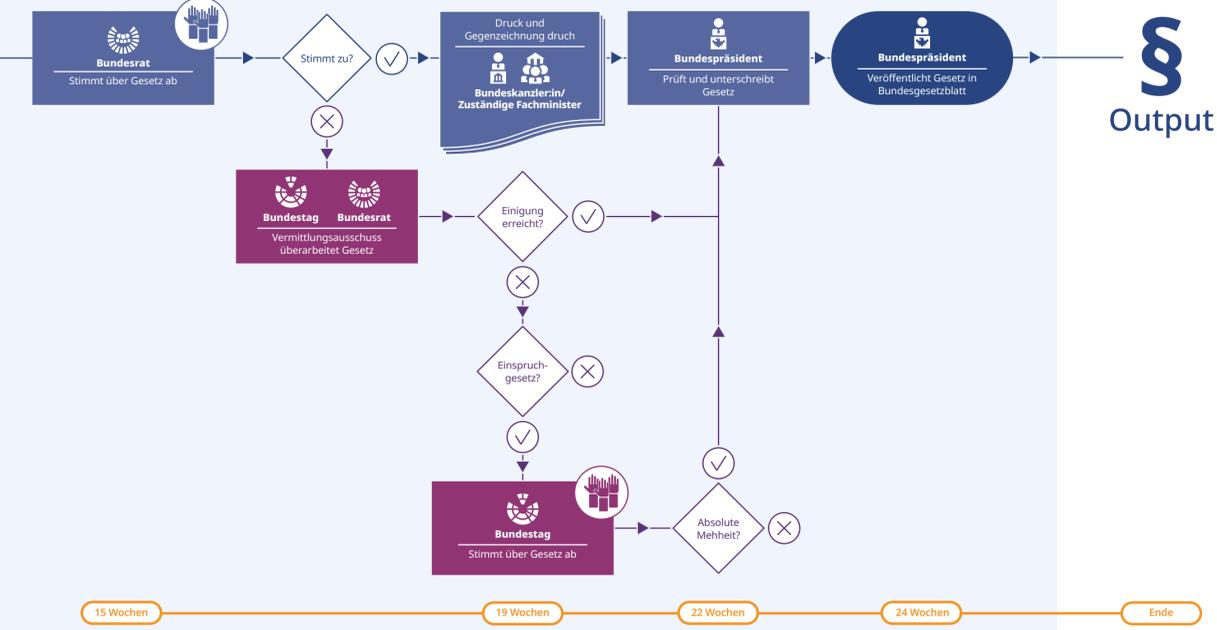
1 Gesetzesvorlage & Stellungnahmen



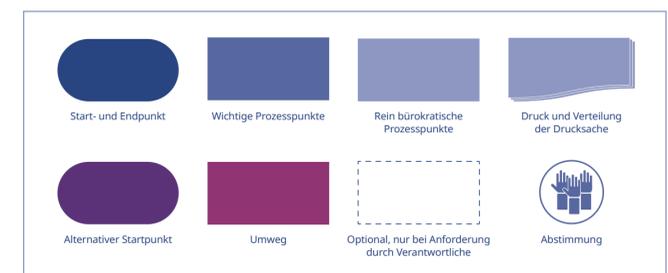
2 Bearbeitung & Abstimmungen im Bundestag



3 Prüfung & Veröffentlichung



**Die Blackbox –
Wir bringen Licht ins Dunkle,
Realität vs. Vorstellung**



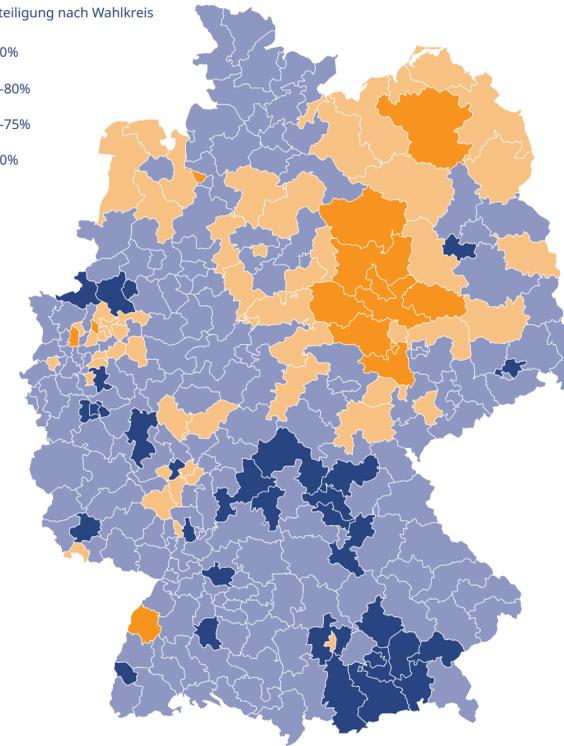
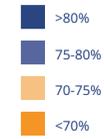
Mit einem Kreuz zum Aufstieg der sozial Schwachen— Die Entscheidung liegt bei dir

Reich, gebildet, alt. Für diese Zielgruppe scheint die deutsche Regierung Politik zu machen, weshalb sich der Unmut der sozial schwächeren Bevölkerung weiter anheizt. Doch ist dieses Bild auch wirklich repräsentativ für Deutschland? Und was bedeutet das für unsere Politik?

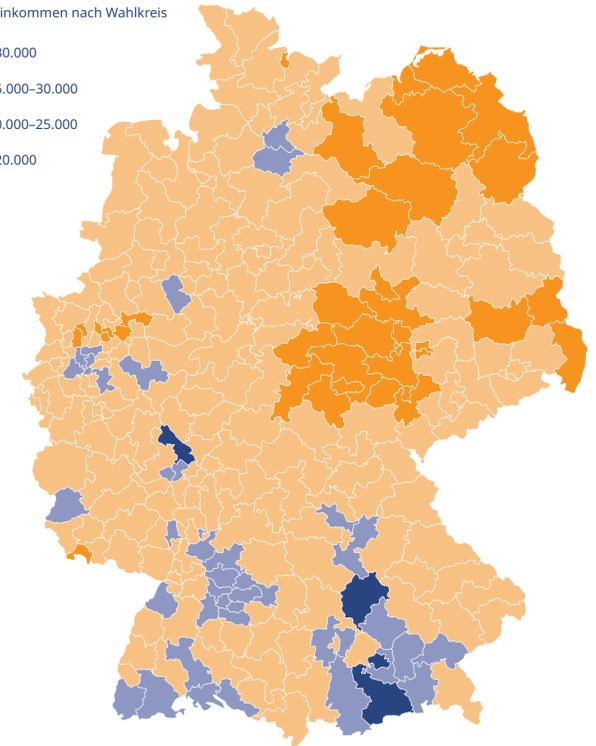
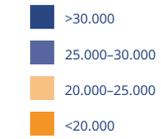


Bundestagswahl 2021

Wahlbeteiligung nach Wahlkreis



Jahreseinkommen nach Wahlkreis



Die Schere öffnet sich immer weiter. Sozial besser gestellte gehen häufiger wählen, als sozial Schwächere, weshalb Deutschland zu einer sozial gespaltenen Demokratie geworden ist. Aber warum? Denn an der Bundestagswahl dürfen schließlich alle deutschen Bürger:innen ab 18 Jahren teilnehmen, egal mit welchem Hintergrund. Wo liegt also das Problem?

Je prekärer, desto weniger

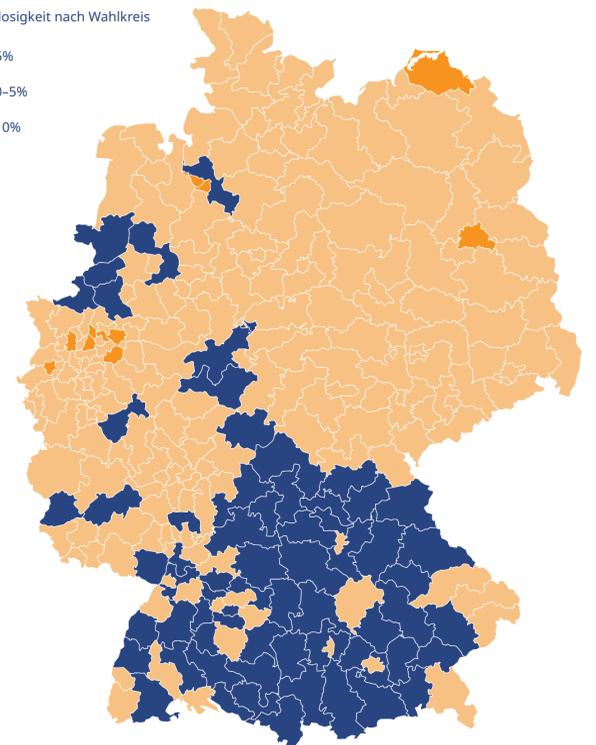
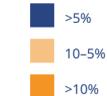
Tatsächlich ergeben mehrere Forschungen, wie beispielsweise vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, dass der Grad an Arbeitslosigkeit, Bildungsstand und Kaufkraft einen nachweislich Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben. Hierbei ergab sich das Phänomen, dass je prekärer die soziale Situation eines Stadtviertels ist, desto höher ist der Anteil an Nichtwähler:innen. Konkret bedeutet das, umso größer der Anteil der sozial schwächeren Milieus, je höher die Arbeitslosigkeit, je schlechter die Wohnverhältnisse und je geringer der Bildungsstand und die durchschnittliche Kaufkraft

in einem Stadtteil oder Stimmbezirk sind, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Aber liegt die Entscheidung zum Nicht-Wählen dann an einem geringeren politischen Interesse, oder an einer mangelhaften Aufklärung? Es bleibt ein Rätsel.

Keine Stimmabgabe, keine Veränderung

Die Crux an der Sache ist nunmal; je geringer sich die sozial schwächeren Gesellschaften beteiligen, desto weniger wird ihre Meinung politisch vertreten, was dazu führt, dass die Schere nur noch weiter aufgeht und verstärkt auf die Bedürfnisse der sozial Stärkeren eingegangen wird. Von daher muss die Gesellschaft sich dessen bewusst sein, dass man sich alle paar Jahre trotz einer widersprechenden Grundorientierung dazu bewegen sollte, eine Stimme abzugeben, um eine Politik für die Gesamtheit der deutschen Bevölkerung und das Allgemeinwohl gewährleisten zu können.

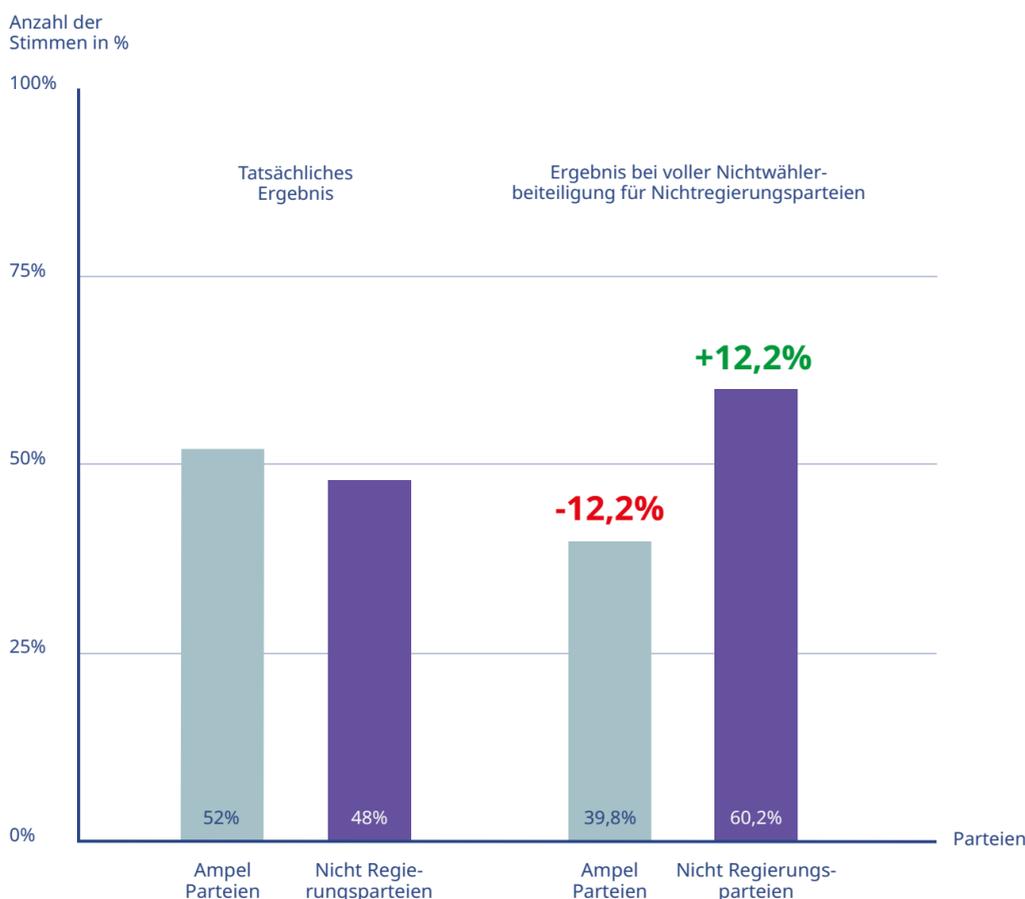
Arbeitslosigkeit nach Wahlkreis



Was wäre wenn... du deine Stimme doch genutzt hättest?

In Deutschland ist es eine weit verbreitete Annahme, dass, wenn man sich dazu entscheidet nicht zu wählen, die Stimme einfach wegfällt. Dass diese Stimme aber eigentlich indirekt verwendet wird, bedenkt kaum jemand.

Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2021



Hier nochmal die wichtigsten Fakten:

- Die Ampel-Koalition ist sich über mehr einig, als man denkt
- 65% aller Wahlversprechen hat die Koalition bereits zur Legislaturhalbjahrzeit 2023 umgesetzt
- Die Umsetzung eines Gesetzesentwurfs kann bis zu 24 Wochen dauern
- Damit die Interessen sozial Schwacher vertreten werden, müssen diese dafür auch wählen gehen
- Eine ausgelassene Stimmabgabe führt dazu, dass diese Stimme trotzdem zu Gunsten der stärksten Parteien genutzt wird
- Wären 2021 alle wählen gegangen, hätten wir heute vermutlich eine andere Regierungskoalition

Nach diesem Artikel ist es eigentlich undenkbar, dass noch Beweggründe offen stehen, nicht wählen zu gehen. Und wenn die freie Zeit am Wahlsonntag fehlen sollte, so wird einfach vorher die Briefwahl beantragt. Denn leider lassen alle Jahre wieder zu viele Leute ihre Chance auf Demokratie sausen und entziehen sich dem politischen Geschehen. Und wenn es nicht das Problem der mangelnden Zeit war, kommt das Argument, dass die eigene Stimme

sowieso nichts an der Situation im Land ändert, worüber wir gerne noch ein paar Worte verlieren wollen.

Nicht wählen ist auch keine Lösung

Nennen wir mal ein paar Fakten. Bei der Bundestagswahl 2021 machten 76,6% der 61.181.072 Wahlberechtigten in Deutschland Gebrauch von ihrem Wahlrecht. Zwar ist damit die Wahlbeteiligung kontinuierlich gestiegen, jedoch sind trotzdem 23,4% nicht

dazu bereit, ihrer Stimme einen Sinn zu verleihen. Bei dieser Wahl erhielt die Ampel-Koalition 52% aller Wählerstimmen. Hätten alle Nichtwähler:innen ihre Stimme jedoch genutzt und eine alternative Partei gewählt, hätte die Ampel nur noch 39,8% aller Stimmen erhalten. Mit diesem Ergebnis hätte sich eine vollkommen andere Regierungskoalition bilden müssen. Die Annahme, den größten und bekanntesten Parteien durch das Nicht-Wählen

einen Denkkzettel zu verpassen, geht somit nach hinten los. Von daher mache dich bloß nicht selbst mundtot, indem du aus Protestgedanken deine Stimme verschwendest, denn wie du siehst, die Gewinner sind am Ende doch die Größten und Stärksten, was nur dann verhindert werden kann, wenn alternative Parteien gewählt werden. Und sei diese Wahl nur aus Protest, aber es war dennoch eine gezielte Stimmabgabe.